

Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.)

Shutdown

Klima, Corona und der notwendige Ausstieg
aus dem Kapitalismus

UNRAST

Einleitung

Es gehört zu den Nebenwirkungen der Corona-Krise, dass diese schon in wenigen Monaten mehr zur Erreichung der Klimaziele beigetragen hat als die gesamte Klimapolitik der letzten Jahre. Weil der Autoverkehr während des Shutdown in den großen Städten um bis zu 80 Prozent zurückging, der Flugverkehr extrem reduziert wurde und viele Produktionsstätten stillstanden, rechnet die UN damit, dass die CO₂-Emissionen im Jahr 2020 um bis zu sieben Prozent gegenüber 2019 sinken werden (*Frankfurter Rundschau*, 9.9.2020); und wie es scheint, könnte sogar die deutsche Regierung trotz ihrer zahnlosen klimapolitischen Maßnahmen das Ziel einer Reduktion des Treibhausgas-Ausstoßes um 40 Prozent gegenüber 1990 doch noch erreichen (*Die Zeit*, 26.8.2020).

Allerdings gibt es keinerlei Anlass zur Hoffnung, diese Entwicklung könnte von Dauer sein. Denn der vorübergehende Stopp der wirtschaftlichen Aktivitäten in großen Teilen der Welt hat ja rein gar nichts an der Grundlogik der kapitalistischen Produktionsweise geändert, die von dem Selbstzweck zur endlosen Vermehrung des Geldes, dem Repräsentanten abstrakten Reichtums, angetrieben wird. Der aus diesem Selbstzweck resultierende Wachstumszwang wurde durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie keinesfalls ausgesetzt, sondern nur kurzzeitig abgebremst. Gleichzeitig tun die Regierungen und Zentralbanken alles dafür, um die Folgen dieses Bremsmanövers abzumildern und die ökonomische Dynamik so schnell wie möglich wieder auf Touren zu bringen. Zwar sieht es kaum so aus, als ließe sich eine große Weltwirtschaftskrise vermeiden, nicht nur, weil viele ökonomische Effekte erst zeitverzögert wirksam werden und außerdem die Pandemie ja noch keineswegs besiegt ist. Hinzu kommt noch, dass die Krise zwar durch Corona ausgelöst wurde, aber tieferliegende, strukturelle Gründe hat, die nicht einfach verschwinden werden, wenn es einen Impfstoff oder Medikamente gibt und die Eindämmungsmaßnahmen vollständig zurückgenommen werden.

Zwar könnte man argumentieren, eine Weltwirtschaftskrise sei gut für das Klima, weil durch den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten we-

niger Treibhausgase und andere schädliche Substanzen freigesetzt würden, so wie in allen anderen großen Krisen der vergangenen Jahrzehnte – nicht zuletzt der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008. Doch diese ökologische Entlastung ist nur die Kehrseite einer massenhaften Verarmung und Verelendung von großen Teilen der Bevölkerung. Denn da in der kapitalistischen Gesellschaft nun einmal fast alle gesellschaftlichen Beziehungen die Warenform annehmen und daher der Zugang zu den Dingen ganz überwiegend über Geld erfolgt, führt eine Unterbrechung der monetären Flüsse notwendigerweise zu einem mehr oder weniger großen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Versorgung: Unternehmen bankrottieren, Arbeitskräfte werden entlassen und weil die Einkommensquellen versiegen, können sich Millionen Menschen nicht einmal mehr das Nötigste kaufen. Dabei wird selbstverständlich nicht danach gefragt, ob nun die betreffenden Produkte und Dienstleistungen gesellschaftlich notwendig sind oder nicht, wie ihre Ökobilanz aussieht und unter welchen Bedingungen sie produziert werden; denn diese Kriterien spielen in der Welt der Warenproduktion keine Rolle. Vielmehr zählt, ob die produzierten Dinge sich auf dem Markt absetzen lassen und dabei einen Gewinn abwerfen. Deshalb werden in Krisen selbstverständlich auch weiterhin Autos produziert und Kohlekraftwerke betrieben, Flugreisen unternommen und Luxusappartements gebaut, während viele Menschen sich nicht einmal die nötigen Lebensmittel kaufen können und Krankenhäuser geschlossen werden, weil die öffentlichen Finanzmittel gestrichen werden. In den Krisen offenbart sich besonders deutlich, dass unter kapitalistischen Bedingungen nur der abstrakte Reichtum, also der in Geldeinheiten ausgedrückte Reichtum, zählt; dagegen ist der stoffliche Reichtum, also der Reichtum an nützlichen Dingen und Versorgungsangeboten, immer nur untergeordnetes Mittel zum Zweck der Kapitalakkumulation und wird daher geopfert, wenn dieser Zweck nicht mehr erfüllt werden kann.

Es war deshalb auch absehbar, dass nach der akuten Phase der Corona-Krise die ohnehin schon halb-garen klimapolitischen Maßnahmen der letzten Jahre allesamt unter Beschuss geraten, weil sie als Hindernisse für einen wirtschaftlichen Aufschwung angesehen werden. Und auch von den Vorstellungen so mancher Klima-Aktivist*innen, die staatlichen und EU-Förderprogramme könnten im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft ausgerichtet werden, sind allenfalls ein paar grüne Einsprengsel übrig geblieben. So wie die marktwirtschaftlichen Ideologen

nach der ersten Schockstarre sehr schnell dazu übergangen, die Folgen der Corona-Pandemie gegen die wirtschaftlichen Schäden des Shutdown aufzurechnen, so argumentieren sie auch, dass nicht nur die Erderwärmung eine Bedrohung für die Menschheit darstelle, sondern auch eine lahrende Wirtschaft, weil dadurch Millionen von Menschen ihre Existenzgrundlage verlören. Damit geben sie zwar im Grunde zu, dass der Kapitalismus die Menschheit in eine fatale Abhängigkeit von seiner destruktiven Akkumulationslogik bringt und vor die Alternative stellt, entweder aufgrund der ökologischen Zerstörung oder aus wirtschaftlicher Not zu sterben. Aber dennoch findet dieses Argument großen Anklang vor allem bei denjenigen, die angesichts der Krise um ihre Existenz bangen und keine Hoffnung auf eine andere Form von Gesellschaft hegen.

Soll die >Klimafrage< also nicht von der politischen Tagesordnung verdrängt werden, muss sie in einer Weise reformuliert werden, die der neuen gesellschaftlichen Krisensituation adäquat ist. Das ist nicht so schwer, wie es vielleicht auf den ersten Blick scheinen mag. Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stehen nur dann im Widerspruch zur Sicherung der menschlichen Existenz und der gesellschaftlichen Versorgung, wenn die kapitalistische Form der Reichtumsproduktion als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Denn da prinzipiell alle Menschen in der heutigen Gesellschaft von der Produktion des abstrakten Reichtums abhängen, um zu überleben, befinden sie sich in einer Art Geiselhaf. Sie müssen darauf hoffen, dass die Selbstzweckbewegung der endlosen Akkumulation von Kapital in Gang bleibt, weil sie nur so ihre Arbeitskraft oder ihre Waren verkaufen können, auch wenn sie wissen, dass damit die bereits stattfindende ökologische Katastrophe noch weiter vorangetrieben wird.

Stellen wir jedoch diese Form der Reichtumsproduktion infrage, löst sich dieser Widerspruch auf. Denn wenn sich die gesellschaftliche Produktion am stofflichen Reichtum orientiert, also das Ziel die Herstellung nützlicher Dinge zur Befriedigung der konkret-sinnlichen Bedürfnisse aller Menschen ist, dann steht eine ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Gesellschaft nicht mehr im Gegensatz zu einer guten materiellen Absicherung des Lebens, sondern fällt mit dieser zusammen. Es wäre dann beispielsweise äußerst unvernünftig, klimaschädliche Gase in die Atmosphäre zu pumpen, massenhaft Wälder abzuholzen oder das Grundwasser zu verseuchen, wenn allgemein bekannt ist, dass dadurch die menschlichen Lebensgrundlagen

zerstört werden. Und es wäre absurd, die Produktion von umwelt- und gesundheitsschädlichen Dingen zu befürworten, nur weil das einigen Menschen die Möglichkeit verschafft, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und ein Einkommen zu erzielen. Unter kapitalistischen Bedingungen ist aber genau das ›vernünftig‹, weil das gesamte gesellschaftliche Leben auf der Produktion des abstrakten Reichtums beruht.

Es kommt also darauf an, diese Art der ›Vernunft‹ und die ihr zugrundeliegende Produktions- und Lebensweise in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken. Damit ändert sich natürlich auch die politische Orientierung. Die ›Klimafrage‹ ordnet sich dann in ein ganzes Bündel von grundsätzlichen ›Fragen‹ ein, die sich allesamt durch eine radikale Transformation der Reichtumsproduktion beantworten lassen, genauer gesagt, durch eine konsequente Ausrichtung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion an konkret-stofflichen Kriterien und am Ziel eines guten Lebens für Alle.

Die Texte in diesem Buch orientieren sich an dieser Perspektive und diskutieren verschiedene Aspekte des kapitalistischen Naturverhältnisses im Zusammenhang mit der Klimakrise und der Corona-Pandemie. In *Ein Virus stellt die Systemfrage* untersucht *Ernst Lohoff* zunächst einmal den Zusammenhang zwischen der Corona-Pandemie und dem kapitalistischen Naturverhältnis. Bei der Pandemie handele es sich so wenig um einen Schicksalsschlag, der ohne eigenes Zutun über die kapitalistische Weltgesellschaft hereingebrochen wäre, wie beim Klimadesaster. Der massive Raubbau an der Natur habe die Entstehung von Zoonosen sehr viel wahrscheinlicher gemacht als in früheren Epochen. Gleichzeitig unterminierte die Ökonomisierung aller Verhältnisse und die damit einhergehende wachsende soziale Ungleichheit die Bekämpfung der Pandemie. Zu allem Überfluss reagiere der heutige von der Finanzdynamik getragene Kapitalismus extrem empfindlich auf jede Drosselung des Wirtschaftslebens. Je länger die Pandemie dauere, vom Auftreten neuer Pandemien ganz zu schweigen, desto mehr spitze sich der Widerspruch zwischen dem Schutz des Lebens einerseits und dem Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaftsweise andererseits zu. Die mangelnde Pandemie-Resilienz der kapitalistischen Wirtschaftsweise sei eigentlich nur ein weiteres Argument dafür, deren Abschaffung auf die historische Tagesordnung zu setzen. Die Politik konzentriere sich stattdessen darauf, einen weiteren Shutdown um jeden Preis zu vermeiden und die Akkumulation des Kapitals in Gang zu halten.

In seinem Beitrag *Verdrängte Kosten* zeigt Norbert Trenkle, dass die angebliche Effizienz der kapitalistischen Produktionsweise ganz wesentlich darauf beruht, alle negativen Effekte auf verschiedene Weise zu externalisieren und damit die wirklichen Kosten für Natur und Gesellschaft auszublenden. Diese systematische Externalisierung resultiere aus der Verselbstständigung der Reichtumsproduktion gegenüber den Menschen und gegenüber dem gesellschaftlichen Zusammenhang, den sie zu ihrem >Außen< mache. Als gesellschaftlicher Reichtum werde in der kapitalistischen Gesellschaft nur der abstrakte Reichtum anerkannt, also das, was sich als >Wert< in den Waren darstelle. Hierin liege der tiefere Grund für die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Geringschätzung aller nicht-warenproduzierenden Tätigkeiten und die rücksichtslose Ausplünderung des Globalen Südens. Der Beitrag argumentiert, dass die Lösung nicht darin bestehen könne, einen neuen, umfassenderen Maßstab für den gesellschaftlichen Reichtum zu definieren, sondern die praktische Aufhebung der historisch-spezifischen Form der kapitalistischen Reichtumsproduktion ins Auge gefasst werden müsse. Letztlich gehe es um die Herstellung einer Gesellschaft, in der die Menschen nicht von ihren eigenen gesellschaftlichen Beziehungen in verdinglichter Form beherrscht werden, sondern in der sie selbst in freier Absprache über ihren gesellschaftlichen Zusammenhang verfügen. Damit würde sich auch das Verständnis dessen, was als Reichtum gilt, grundlegend verändern und erweitern. Reichtum wäre dann in einem umfassenden Sinne alles, was ein gutes Leben ausmacht.

Auch der Beitrag *Wie Sand am Meer* von Ernst Lohoff setzt sich mit der destruktiven Logik der kapitalistischen Reichtumsproduktion auseinander und widmet sich dem viel diskutierten Wachstumszwang. Dieser resultiere daraus, dass in der kapitalistischen Gesellschaft die Gebrauchsgüter als Waren produziert werden und der Sinn und Zweck der Warenproduktion in der permanenten Tauschwertmehrerung bestehe. Was den Ressourcenverbrauch angeht, übersetze sich dieser einfache Wachstumszwang in einen potenzierten, weil aufgrund der Produktivkraftentwicklung die gleiche Tauschwertmasse sich in immer höheren Güterbergen darstellen müsse. Durch bloß technologische Veränderungen und die Einführung von vermeintlich >nachhaltigen< Produkten lasse sich dieser fatale Mechanismus nicht ausschalten. Denn das führe nur zu einer Verschiebung des Wachstumszwangs von einer Ressource zur anderen. Qualitatives Wachstum sei ein Widerspruch in sich. Fernerhin setzt sich der Autor von Positionen

ab, die in der Veränderung der Konsumgewohnheiten den Haupthebel zur Lösung der ökologischen Frage sehen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise sei primär Produktionsweise, während der Konsum immer nur nachgelagerten Charakter habe. Aus diesem Grund erfordere ein Ausstieg aus dem Wachstumszwang einen Bruch mit der kapitalistischen Reichtumsform.

Der Beitrag *Die Sache mit dem Klima* von Karl-Heinz Simon setzt sich kritisch mit dem Begriff ›Klimaschutz‹ auseinander, einem zentralen Begriff der gegenwärtigen Klimadiskussion. Zum einen weist er darauf hin, dass eine Vergegenständlichung von Klima als schützbarem Gut in die Irre führt. Denn es ist überhaupt nicht ausgemacht, wie denn ein solcher Schutz genau aussähe, wenn der Klimawandel ohnehin im Gang ist und selbst bei drastischer Reduktion der verursachenden Treibhausgase die Dynamik weiter anhält. Ein zweiter Aspekt betrifft die Verantwortlichen, die für den ›Schutz‹ zuständig bzw. in der Lage wären, hier positive Beiträge zu leisten. Zumindest müsste die Frage nach einer Verantwortung der großindustriellen Versorgungs- und Produktionsstrukturen sowie der Konsument*innen gestellt werden. Eine Alle-im-gleichen-Boot-Rhetorik verdecke Verantwortlichkeiten und trage dazu bei, dass die Ursachen des Klimawandels nicht adäquat angegangen würden. Schließlich weist der Autor darauf hin, dass die Rede von ›Schutz‹ allenfalls dann gerechtfertigt wäre, wenn nicht ›das Klima‹, sondern die menschlichen Lebensgrundlagen geschützt würden.

In *Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen* untersucht Julian Bierwirth verschiedene ideologische Verarbeitungsformen der Klimakrise und Reaktionsweisen auf die Corona-Pandemie. Neben dem typischen Abwehrreflex der Krisenleugnung gehöre dazu auch das Muster, die vorgebliche Überbevölkerung für den Klimawandel und die zunehmende Ausbreitung von Krankheiten verantwortlich zu machen und damit einen Großteil der Menschen für ›überflüssig‹ zu erklären. Der Autor zeichnet die Entstehung dieses Musters im Verlauf der kapitalistischen Geschichte nach. Er zeigt ausführlich am Beispiel des europäischen Kolonialismus, wie hier gleichzeitig mit der Durchsetzung der modernen gesellschaftlichen Warenbeziehungen und der Anwendung liberaler Konzepte und Theorien das Bild von den ›Anderen‹ geschaffen wurde, die als unfähig zur Teilnahme am freien Warenverkehr gelten. Diese Vorstellungen prägten bis heute nicht nur das tägliche Handeln und die politische Praxis in den kapitalistischen Zentren, sondern auch den medialen Diskurs über die globalen Beziehungen. In der

Frühphase des Kapitalismus wurden die Menschen in den kolonialisierten Gebieten massenhaft versklavt oder umgebracht, um den >Überflüssigen< aus den Zentren Platz zu machen und diesen den Raum zu verschaffen für ihre >zivilisierte< kapitalistische Lebensweise. Heute dagegen würden die >Überflüssigen< in der Peripherie, die für die kapitalistische Verwertung nicht benötigt werden, nur noch als Ballast angesehen, der am besten beseitigt werden sollte. Diese Vorstellung stehe, so Bierwirth, hinter den Abwehr- und Abschottungstendenzen in den kapitalistischen Zentren, die durch die Corona-Pandemie noch einmal verstärkt würden.

Der abschließende Text *Gestohlene Lebenszeit* von *Lothar Galow-Bergemann* und *Ernst Lohoff* schlägt den Bogen von Klimakrise und Corona-Pandemie zur Frage der gesellschaftlichen Perspektive. Unter kapitalistischen Bedingungen führe die hohe Produktivität nicht nur zu einer fundamentalen ökonomischen Krise, sondern trage auch wesentlich dazu bei, die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Zudem raube eine Produktionsweise, die die Welt am laufenden Band mit Waren als Mittel der Geldvermehrung überschwemme, den Menschen einen Großteil ihrer Lebenszeit. Sie zwingt sie zu absurden Bullshit-Arbeiten, die es in einer vernünftig organisierten Gesellschaft überhaupt nicht geben müsse. Würden hingegen Produktivitätspotenziale, die vom Kapitalismus hervorgebracht wurden, im Sinne eines guten Lebens für Alle genutzt, so könne neben der ökonomischen und ökologischen Krise auch dieser Raub an Lebenszeit der Vergangenheit angehören. Die Autoren plädieren deswegen für einen Kampf um radikale Arbeitszeitverkürzung, dem sie eine zentrale Bedeutung für die Zukunft zumessen. Er müsse allerdings eingebettet sein in eine gesamtgesellschaftliche Bewegung für einen fortschreitenden Ausstieg aus dem Lohnsystem und der abstrakten Reichtumsproduktion und für den Einstieg in die gesellschaftliche Aneignung und Selbstorganisation des stofflichen Reichtums. Verkehrt sei es, Verzicht zu predigen. Wer das tue, sehe die Wirklichkeit schon durch die Brille der spezifisch kapitalistischen Reichtumsform. Werde dagegen die verfügbare Zeit als neues Reichtumskonzept ins Auge gefasst, ergebe sich eine ganz andere Perspektive. Es zeige sich dann, dass wir derzeit nicht *über* >unseren Verhältnissen<, sondern ganz im Gegenteil weit *unter* unseren Möglichkeiten leben.

Norbert Trenkle, September 2020